

Offener Brief

Herrn

Bundeskanzleramtsminister Wolfgang Schmidt

c/o Sophia Matzka

Referat Gesundheitspolitik

Bundeskanzleramt

K-404 340/21/0003 Antwort auf unsere Pressemitteilung

19. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Bundeskanzleramtsminister Schmidt,

vielen Dank für Ihre Antwort vom 17.01.2022 auf unsere Pressemitteilung vom 8. Dezember 2021.

Wir deuten Ihre Mitteilung, „Die Bundesregierung ist sich sehr bewusst, dass die Impfpflicht ein sensibles Thema ist, bei dem verschiedene Grundrechte unserer Verfassung miteinander abzuwägen sind“ als ein positives Signal dafür, dass die Bereitschaft der politisch Verantwortlichen zum Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, die eine kritische Haltung zur Impfpflicht mit Covid-19 Vakzinen vertreten, angestiegen ist.

Allerdings fragen wir uns, wie „das Thema im Deutschen Bundestag behandelt und dort in der gebotenen Tiefe von den Abgeordneten diskutiert werden“ soll, wenn den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und den Regulierungsbehörden wesentliche Informationen zu Sicherheit und Effektivität der Impfstoffe aufgrund der beschleunigten Zulassungsverfahren nicht vorliegen?

COVID-19 Impfstoffe repräsentieren aktuell das bekannteste Beispiel dramatisch beschleunigter regulatorischer Zulassungsverfahren. Die auf zwei Monate verkürzten Phase III Zulassungsstudien der COVID-19 mRNA Impfstoffe haben weitestgehend (oder gänzlich) wichtige Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen, zum Beispiel: Neugeborene und Kleinkinder, Personen nach durchgemachter SARS-CoV-2 Infektion oder mit Immunsuppression, Personen mit einer Krebserkrankung zum Zeitpunkt der Impfung oder in der Vorgeschichte, von Autoimmunerkrankungen oder Erkrankungen des Blutes betroffene Menschen, sowie hilflose ältere Erwachsene (einschließlich der Bewohner von Alten- und Pflegeheimen) und schwangere oder stillende Frauen.

Am 11. Januar haben wir die zuständigen Repräsentanten der europäischen Zulassungsbehörde EMA um die Vorlage der entsprechenden Sicherheitsdaten und weiterer Informationen gebeten (siehe Anlage). Bisher hat die EMA keine Angaben zu unseren spezifischen Nachfragen gemacht.

Daher bitten wir Sie als den zuständigen Koordinator der Regierungsarbeit, zu der auch die Umsetzung der am 10.12.2021 überhastet beschlossenen berufsbezogenen Impfpflicht gehört, **die EMA als zuständige Behörde aufzufordern, die aus den Zulassungs- und angeordneten Post-Authorisierungs-Studien vorliegenden Sicherheitsdaten zu COVID-19 mRNA Impfstoffen offenzulegen.** Aus Respekt vor den parlamentarischen Beratungen, und nicht um der Meinungsbildung im Deutschen Bundestag vorzugreifen, steht es in Ihrer Verantwortung, dass die

EMA **aus von ihr selbst angeordneten Studien** verlässliche Sicherheitsdaten zu COVID-19 Vakzinen, insbesondere auch um den Zeitpunkt der Empfängnis und während der Schwangerschaft, vorlegt. Sie und alle politischen Entscheidungsträger sollten sich des sehr hohen Risikos irreversibler Schäden für die Bevölkerung bewusst sein, wenn sie für eine Impfpflicht für COVID-19 Vakzine stimmen bzw. eine Impfpflicht unter Strafbewehrung gegenüber Menschen - und damit auch deren Nachkommen - durchsetzen, die eine Impfung mit Covid-19 Vakzinen aus persönlichen Gründen ablehnen, z.B. weil sie sich in der Familienplanung, Schwangerschaft oder Stillzeit befinden. Laut Impfpräventionsgesetz gegen Covid-19 bestehen unter dem medizinischen Personal sowie Pflegepersonal nach mehrmonatiger Impfkampagne noch relevante Impflücken. Die Gründe hierfür dürften auch in der direkten beruflichen Erfahrung mit den Impfstoffen zu suchen sein. Statt der bei der Zulassung der Impfstoffe von den Herstellern propagierten 95%igen Wirksamkeit und anhaltenden Immunität haben Mitarbeitende im Gesundheitswesen Ansteckungsverbreitung durch Geimpfte, Ausbrüche nach Impfkampagnen in Pflegeeinrichtungen, sowie schwere Nebenwirkungen der Impfung beobachtet. Vielfach haben sie selbst eine Corona-Infektion durchgemacht und sind daher auf natürlichem Weg immunisiert. Diese Immunität zu missachten, ist medizinischer Wahnsinn. Die Covid-19 Impfung darf demzufolge nicht länger als der alleinige Ausweg aus der Corona-Pandemie von der Politik verfolgt werden.

Wir danken Ihnen ausdrücklich für die Weiterleitung unseres Schreibens an alle verantwortlichen Ressorts. Wir appellieren an Sie, kraft Ihres Amtes und persönlichen Engagements, Schaden durch eine Impfpflicht mit Covid-19 Vakzinen abzuwenden.

Ulrich Keil, Professor für Epidemiologie und Sozialmedizin (Münster)

Andreas Schnepf, Professor für Anorganische Chemie (Tübingen)

Anlage: Brief an die Europäische Arzneimittel-Agentur vom 11. Januar 2022